

NIEDERSCHRIFT

der 53. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 26.02.2018

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste
Ort: Ratssaal Am Kloster 1

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:20 Uhr

Bestätigte Tagesordnung

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Nichtöffentlicher Teil

- TOP 1 Zuschlagserteilung Ersatzneubau Kita Haus Sonnenschein Weißenfels OT 010/2018 Großkorbetha - Los 9 Heizungs-, Lüftungs- und Sanitärinstallation

Öffentlicher Teil

- TOP 3 Einwohnerfragestunde
- TOP 4 Entscheidung über Einwendungen und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung des Hauptausschusses
- TOP 5 Annahme von Spendengeldern 026/2018
- TOP 6 Annahme von Sponsoringgeldern 027/2018
- TOP 7 Stromkonzessionsvergabe in den Ortsteilen Leißling, Markwerben, Langendorf, Uichteritz und Storkau 018/2018
- TOP 8 Umbenennung Gewerbegebiet Borau 025/2018
- TOP 9 Klage gegen den Burgenlandkreis aufgrund Kreisumlage 2018 019/2018
- TOP 10 Beschlussfassung zum Social-Media-Auftritt der Stadt Weißenfels 024/2018
- TOP 11 Haushaltskonsolidierung 028/2018
- TOP 12 Stellenplan 2018 ff.
- TOP 13 Beantwortung von Anfragen
- TOP 14 Anfragen und Mitteilungen

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit

Herr Risch eröffnet die Beratung. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Es sind 13 Mitglieder anwesend. Damit ist der Hauptausschuss beschlussfähig.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Risch stellt einen Antrag auf Änderung der Reihenfolge in der Tagesordnung. Der TOP NÖ 1 wird auf den TOP Ö 3 vorgezogen.

Abstimmung: dafür: 13 dagegen: 0 Enthaltung: 0

Die nachfolgenden Punkte ändern sich entsprechend. Damit ist die Tagesordnung anerkannt.

3. Einwohnerfragestunde

- keine Bürger anwesend -

4. Entscheidung über Einwendungen und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung des Hauptausschusses

Einwendungen gegen die Niederschrift liegen nicht vor. Die Niederschrift der Sitzung vom 22.01.2018 ist damit anerkannt.

5. Annahme von Spendengeldern

Beschlussempfehlung

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels die Annahme der Spende in Höhe von 15.000 € von der Tönnies Zerlegebetrieb GmbH für die Koordinierungs- und Begegnungsstätte für Migrantinnen und Migranten in Weißenfels zu beschließen.

Abstimmung: dafür: 12 dagegen: 0 Enthaltung: 1

6. Annahme von Sponsoringgeldern

Beschlussempfehlung

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels die Annahme der Sponsoringelder von den Firmen Wohnungsbau Wohnungsverwaltung Weißenfels GmbH, Stadtwerke Weißenfels GmbH, Tönnies Zerlegebetrieb GmbH und Sparkasse Burgenlandkreis in Höhe von 29.750,- Euro zu beschließen.

Abstimmung: dafür: 13 dagegen: 0 Enthaltung: 0

7. Stromkonzessionsvergabe in den Ortsteilen Leißling, Markwerben, Langendorf, Uichteritz und Storkau

Auf Grund der Befangenheit nach § 33 KVG LSA von Herrn Risch übernimmt Herr Dr. Volk die Leitung der Sitzung zu diesem TOP. Die Stadträte sind damit einverstanden.

Beschlussempfehlung

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels die als Anlage beigefügten Auswahlkriterien für den Neuabschluss des Stromkonzessionsvertrags zu beschließen. Die Verwaltung wird ermächtigt, auf Grundlage des als Anlage beigefügten 1. Verfahrensbriefs und des als Anlage beigefügten Stromkonzessionsvertragsentwurfs das Konzessionsverfahren durchzuführen.

Abstimmung: dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltung: 0

Herr Rauner, Herr Hanke und Herr Risch nehmen an der Beratung und Abstimmung auf Grund eines Mitwirkungsverbotes nach § 33 KVG LSA nicht teil.

8. Umbenennung Gewerbegebiet Borau

Beschlussempfehlung

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels die Umbenennung des Gewerbegebietes des Bebauungsplanes Nr. 23 in „Gewerbegebiet Schüco“ zu beschließen.

Abstimmung: dafür: 13 dagegen: 0 Enthaltung: 0

9. Klage gegen den Burgenlandkreis aufgrund Kreisumlage 2018

(ab jetzt anwesend Hr. Riemer – 14 Stadträte)

Herr Risch erläutert den Sachstandsbericht. Ein Gespräch mit dem Landrat in der vergangenen Woche brachte insoweit Klarheit, dass man gemeinsam gegen das FAG des Landes vorgehen will.

Herr Rauner meint, dass eine Klage gegen den Burgenlandkreis nicht sinnvoll ist. Die Stadt ist durch das Finanzausgleichsgesetz in die finanzielle Lage geraten, sodass mit vereinten Kräften gegen dieses Gesetz vorgegangen werden sollte. Gespräche mit dem Landrat, Kreistags- und Landtagsabgeordneten und beauftragen hochklassiger Anwälte sind notwendig.

Dennoch hätte der Burgenlandkreis in dieser Situation die Kreisumlage ändern müssen, verdeutlicht Herr Risch. Der Burgenlandkreis hätte sich vor Aufstellen des Haushaltsplanes mit den Kommunen des Burgenlandkreises abstimmen müssen, um diese nun entstandene Situation zu verhindern.

Auch Herr Riemer spricht sich dafür aus, gemeinsam gegen das FAG des Landes vorzugehen. Dazu sollten sich alle betroffenen Kommunen des Landkreises und die entsprechenden Vertreter einigen und um eine Änderung des Gesetzes werben.

Zum Sachstandsbericht merkt Herr Riemer an, dass zum einen die Begründung zur Eilentscheidung und auch die Klage gegen den vorläufigen Bescheid nicht nachvollziehbar sind.

Grundsätzlich sieht Herr Böckler die Klage für die weitere Zusammenarbeit mit dem Burgenlandkreis nicht als zielführend. Dennoch muss kritisch betrachtet werden, dass der Burgenlandkreis mit einem immensen Überschuss abschließt und im Gegenzug 27 von 33 Kommunen keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können. Weiter sieht er Gespräche mit dem Land zum

FAG gefährdet, wenn es diesen Überschuss im Burgenlandkreis gibt.

Herr Hanke meint, dass man bereits nach der Sondersitzung im August zum Haushalt des Burgenlandkreises in Gespräche hätte treten müssen. Die Klage zum vorläufigen Bescheid hält er nicht für zielführend.

Dazu erläutert Herr Risch, dass der Bescheid grundsätzlich auch formal falsch ist und aus diesem Grund bereits gegen den vorläufigen Bescheid in Widerspruch gegangen wurde. Der endgültige Bescheid liegt bisher nicht vor.

Herr Wanzke spricht sich dafür aus, das Verfahren des Burgenlandkreises zur Kreisumlage überprüfen zu lassen. Das Klagen gegen bestehende Gesetze des Landes hat in der Vergangenheit – siehe KiFöG – nicht zu Änderungen geführt, sodass mit einem langen Prozess zu rechnen wäre.

Beschlussempfehlung

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels am 15.01.2018 eingereichten und beim Verwaltungsgericht Halle unter dem Az. 3 A 247/18 HAL geführten Klage gegen den Burgenlandkreis wegen der vorläufigen Festsetzung der Kreisumlage 2018 zuzustimmen.

Abstimmung: dafür: 3 dagegen: 7 Enthaltung: 3
Damit ist der Vorschlag der Verwaltung abgelehnt.

Herr Kunze nimmt an der Beratung und Abstimmung auf Grund eines Mitwirkungsverbotes nach § 33 KVG LSA nicht teil.

10. Beschlussfassung zum Social-Media-Auftritt der Stadt Weißenfels

Frau Vokoun trägt zum Thema Social- Media vor. Bei der damaligen Vorstellung zur Nutzung von Social Media war gefordert, dass zunächst die Website erneuert wird. Die Website wurde komplett überarbeitet und seit einigen Monaten gibt es auch die App „Wappfels“. Dennoch ist das Potenzial bisher nicht voll ausgeschöpft. Die Kommunikation erfolgt nur einseitig, ohne auf Meinungen der Bürger eingehen zu können.

Herr Dr. Volk möchte wissen, wie sich die Redakteure positionieren, wenn sich Oberbürgermeister und Stadtrat nicht einig ist.

Wie auch bei Pressemitteilungen wird objektiv aus Sicht der Stadt agiert. Es wird keine Plattform für den Oberbürgermeister oder Stadtrat.

Herr Rauner spricht an, dass seit Jahren über die überlastete Verwaltung gesprochen wird. Nun soll zusätzlich eine große freiwillige Aufgabe begonnen und wie vorgestellt teils in der Freizeit gearbeitet werden.

In diesem Zusammenhang möchte Herr Riemer wissen, wie sich der Personalrat dazu positioniert. Die Fürsorge für die Arbeitnehmer scheint durch die Wochenendsarbeit nicht ausreichend gewahrt.

Auf der Facebook- Seite werden Öffnungszeiten angegeben, sodass sich die Wochenendsarbeit nur auf absolute Notfälle begrenzt, erklärt Herr Risch.

Herr Kunze befürwortet die Einführung von Facebook. Als Kompromiss könnte es eine Testphase von einem halben Jahr geben.

Beschlussempfehlung

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels das vorliegende Social-Media-Konzept der Stadt Weißenfels umzusetzen.

Abstimmung: dafür: 8 dagegen: 4 Enthaltung: 2

11. Haushaltskonsolidierung

(ab jetzt abwesend Fr. Föhre, Hr. Kunze – 12 Stadträte)

Die Verwaltung bittet um Entscheidungen zur vorgelegten Maßnahmenliste, um diese fristgemäß in den Haushaltsplan und das Haushaltskonsolidierungskonzept einzuarbeiten.

Herr Rauner wirbt dafür, die aufgezeigten Maßnahmen erst zur nächsten Sitzung zu beraten.

Die Verwaltung stellt die einzelnen Maßnahmen dennoch vor und erläutert die Einsparungen bzw. Mehreinnahmen.

Herr Riemer bringt an, dass die Erstellung der Eröffnungsbilanz beschleunigt und daraus resultierende buchhalterische Veränderungen eingearbeitet werden können. Herr Risch erläutert, dass es nach bisherigem Kenntnisstand kaum Abweichungen zu den eingestellten Zahlen gibt.

Herr Wanzke fragt an, weshalb die Investitionen nicht hinterfragt werden.

Die Investitionen sind zumeist mit Fördermitteln untersetzt. Die Liste wurde zur Klausurtagung den Unterlagen beigelegt. Die Stadträte können Vorschläge abgeben, welche Investition gestrichen werden soll.

Herr Spengler nennt abschließend die eng gestrickte Terminkette für die Beratung des Haushaltes und bittet um Entscheidungsfindung bis zur nächsten Sitzung.

12. Stellenplan 2018 ff.

Eine Gesamtübersicht über die Personalentwicklung in den Jahren 2018 – 2025 wird gegeben.

Auf Nachfrage wird erläutert, dass die 6. Demografische Entwicklungsprognose des Landes mit einfließen muss, obwohl beispielsweise bei den Erzieher/innen absehbar die Einsparung nicht vollumfänglich möglich ist. Bei der Erarbeitung des Stellenplanes wurden die Entwicklungsprognosen, aber auch eigene Erfahrungen eingearbeitet. Die Zahlen für den Personalabbau sind daher recht realistisch.

Im Hauptausschuss am 19.03.2018 und 09.04.2018, sowie abschließend im Stadtrat am 25.04.2018 werden der Stellenplan und das Personalentwicklungskonzept vorgestellt und beschlossen.

13. Beantwortung von Anfragen

Folgende Antworten der Verwaltung liegen schriftlich vor:

- Hinweisschild Kreismusikschule

14. Anfragen und Mitteilungen

Herr Hanke fühlte sich durch die Äußerungen im Vorwort des Amtsblattes von Herrn Risch in Bezug auf die Thematik Klimaparkplatz stark angegriffen. Auf Grund dieser Äußerungen wird er sein Amt als 1. Stellvertreter des Stadtratsvorsitzenden mit sofortiger Wirkung niederlegen.

Auch Herr Thielitz ist empört über die Aussagen im Vorwort. Der Umgang mit den Stadträten, welche gegen die von der Stadtverwaltung favorisierte Variante gestimmt haben, ist nicht tragbar.

Ende der öffentlichen Sitzung.

Robby Risch
Vorsitzender

Anja Bechmann
Protokollführerin